

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 9 88 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Regine Hildebrandt, brandenburgische Sozialministerin, und Karlheinz Blessing, SPD-Bundesgeschäftsführer, zur Lehrstellensituation in Ostdeutschland: Bundesregierung nimmt Lehrstellenkatastrophe im Osten tatenlos in Kauf.

Seite 1

Hans-Gottfried Bammert MdB zum Stand der Postreform II: Der Ausverkauf der Post scheint in vollem Gange.

Seite 2

Hanna Wolf MdB zum Abschlußbericht des Modellprojekts "Wildwasser": Was ist der Bundesregierung das geborene Leben eigentlich wert?

Seite 4

48. Jahrgang / 137

22. Juli 1993

Bundesregierung nimmt Lehrstellenkatastrophe im Osten tatenlos in Kauf

Von Regine Hildebrandt
Brandenburgische Sozialministerin und Mitglied der SPD-Kommission "Regierungsprogramm 94" und
Karlheinz Blessing
Bundesgeschäftsführer der SPD

Die dramatische Lage am Ausbildungsmarkt in den neuen Bundesländern ist ein weiterer Beweis für die wirtschaftspolitische Unfähigkeit der Bundesregierung. Obwohl fast jeder zweite Schulabgänger auch in diesem Jahr dort keine Lehrstelle findet, reagiert die Bundesregierung mit Ignoranz und Tatenlosigkeit. Das Versprechen des Bundeskanzlers, jeder Ausbildungsplatzsuchende in Ostdeutschland werde eine Lehrstelle finden, entpuppt sich als "Lehrstellenlüge".

Die von der Bundesregierung vorgenommene Streichung des Paragraphen 40 c4 Arbeitsförderungsgesetz (AFG/DDR) war ein Fehler. Es ist höchste Zeit, daß sie diese kurzsichtige Fehlentscheidung zurücknimmt und die Bundesanstalt für Arbeit mit zusätzlichen Mitteln ausstattet, damit diese wieder in der Lage ist, flankierende Maßnahmen vorzunehmen.

In allen Arbeitsbezirken ist gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine Zunahme der Anzahl von Bewerbern und Bewerberinnen um Berufsausbildungsplätze festzustellen, während sich das Angebot an Ausbildungsstellen kaum verändert. Jetzt ist mit einer Ausbildungslücke von 35.000 bis 40.000 zu rechnen.

Ende Juni standen bei den Arbeitsämtern 56.500 unvermittelten Ausbildungsplatzbewerbern und -bewerberinnen nur 22.400 offene betriebliche Ausbildungsplätze gegenüber. Es fehlen in Sachsen 10.126, in Brandenburg 5.328, in Thüringen 4.773 und in Ost-Berlin 2.395 Ausbildungsplätze. Besonders dramatisch sieht es in den Arbeitsbezirken Arnberg, Bautzen, Dresden, Pirna, Eberswalde, Cottbus, Frankfurt/Oder, Neuruppin, Neubrandenburg und Rostock aus. Bereits jetzt sind 35 Prozent der Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluß arbeitslos.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwert und Versand.

Verantwortliche Organe
für wertvollen Rohstoffen
Kunststoff-Papier



Viele Betriebe stehen vor dem Aus oder müssen ihre Produktion teilweise einstellen. Nach Berichten des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind in Ostdeutschland bereits jetzt über 60 Prozent aller Arbeitsplätze weggefallen und es sind nur relativ wenige neu geschaffen worden. Die Lage wird sich kurzfristig nicht ändern. Es fehlen Handwerksbetriebe, der Bereich, der am meisten ausbildet. Die Bauwirtschaft erlebt zwar einen Aufschwung; konnte aber im letzten Jahr ganze drei Ausbildungsplätze zusätzlich bereitstellen.

Dieser Entwicklung hat die Bundesregierung tatenlos zugesehen. Sie hat - wie schon so oft - mit wohlfeilen Appellen auf das Prinzip Hoffnung gesetzt, statt den Jugendlichen durch verlässliche Rahmensetzung berufliche Perspektiven zu eröffnen.

Die SPD verlangt eine Abkehr von kurzfristigem Aktionismus und fordert Maßnahmen, die mittel- und langfristig die Berufschancen ostdeutscher Jugendlicher sichern. Das von der Bundesregierung gestrichene Programm nach dem AFG/DDR muß wieder aufgelegt werden - mindestens für drei Jahre. Die Bundesanstalt für Arbeit würde damit in die Lage versetzt, wieder außerbetriebliche Ausbildungsplätze zu finanzieren, die gerade auch benachteiligten Jugendlichen zugute kämen.

Darüberhinaus fordern wir für eine Übergangszeit eine vollqualifizierende schulische Ausbildung statt eines Berufsvorbereitungsjahres und ähnlicher Maßnahmen, die das Problem nur verschieben.

Nach wie vor treffen wir bei den Jugendlichen auf eine gewisse Bereitschaft - wenn auch leicht rückläufig -, notfalls in den Westen zu gehen. Daß jedoch die Bundesregierung auf diese "Abwanderung" der jungen Menschen geradezu setzt, ist gegenüber den Jugendlichen zynisch und mit Blick auf die Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Ländern unverantwortlich.

Jugendliche, die in Westdeutschland eine Ausbildung absolvieren, sollten während dieser Zeit sozialpädagogisch betreut werden und es sollten ihnen Unterkünfte bereitgestellt werden, die eine Gemeinschaft mit Jugendlichen ermöglicht und sie nicht isoliert.

Außerdem könnte die duale Ausbildung im Westen so ausgestaltet werden, daß eine sogenannte Blockausbildung möglich ist: zum Beispiel drei Monate Ausbildung in einem Betrieb im Westen, drei Monate Berufsschule im Osten. Der Ausbildung würde es nicht schaden. Die Berufsschullehrerinnen in Ostdeutschland sind gut qualifiziert. Für die Jugendlichen hätte es den Vorteil, daß die Abwesenheit von zuhause und damit von der sozialen Bildung überschaubarer ist. Die Zusatzkosten für Unterkunft, Verpflegung und Heimfahrten werden schon jetzt von der Bundesanstalt für Arbeit getragen.

Bei allen Maßnahmen dürfen Mädchen nicht benachteiligt werden. Deren Vermittlungschancen sind - unabhängig von ihrer schulischen Qualifikation und ihren Ausbildungswünschen - schlechter als die von Jungen. Ziel muß es sein, ihren Anteil an der Gesamtzahl der Auszubildenden ihrem Anteil am jeweiligen Altersjahrgang entsprechend zu erhöhen.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, wegzukommen von nutzlosen Warteschleifen und vom Inkaufnehmen wachsender Arbeitslosigkeit. Eine Regierung hat die Verantwortung und damit die Pflicht, jungen Menschen eine Perspektive zu geben. Wer hier versagt, wird statt Vertrauen in den Staat Mißtrauen und Gewalt ernten.

Es muß endlich gegengesteuert werden, bevor es ganz zu spät ist. Denn auch im Westen finden immer mehr junge Menschen keinen Arbeitsplatz und müssen nach abgeschlossener Lehre stempeln gehen. Die Bundesrepublik Deutschland benötigt dringend mutige zukunftsorientierte Investitionen in Forschung und Entwicklung, in Bildung und Ausbildung sowie in die Finanzierung notwendiger Arbeit statt Arbeitslosigkeit. Von der Bundesregierung sind solche Impulse nicht zu erwarten.

(-/22. Juli 1993/ks/ks)

Der Ausverkauf der Post scheint in vollem Gange
Dilettantische Vorbereitung der Postreform II

Von Hans-Gottfried Bernrath MdB
Sprecher der SPD-Verhandlungskommission für die Postreform II

Der Ausverkauf der Post scheint in vollem Gange. Immer mehr profitbringende Geschäfte werden aus den Unternehmen der Post ausgegliedert und privatisiert. Verkauft werden Sonderrechte in der Briefzustellung, der Betrieb von Telekom-Teilnetzen durch große Unternehmen wird lizenziert, im Ausland und im Großkundengeschäft werden privatrechtliche Töchter gebildet. Auf diese Weise werden die drei Unternehmen, die gerade durch eine Postreform II aus dem Fiasko der ersten angeblichen Postreform herausgeführt werden sollen, nachhaltig geschwächt. Die Risiken werden größer, finanzielle Ressourcen, die für die Finanzierung der Postreform II und die Modernisierung von Telekom, Post und Postbank in den neuen Ländern unverzichtbar sind, verbrauchen sich. Es stellt sich nicht nur die Frage, ob der SPD eine Mitverantwortung für eine künftige Reform der drei Postunternehmen unter diesen Bedingungen noch zugemutet werden kann. Vertrauensvolle Verhandlungen, die SPD wird immerhin für eine Verfassungsänderung benötigt, setzen gegenseitige Beteiligungen und Informationen voraus. Auch wird dem Personal die Grundlage für eine existenzsichernde Mitwirkung entzogen.

Schließlich arbeiten die Fraktionen derzeit noch an der Vorbereitung der nötigen Gesetzesinitiativen. Wie sollen diese Arbeiten geleistet werden, wenn sich die Substanz der Unternehmen zwischenzeitlich verflüchtigt?

Überhaupt wird die Vorbereitung einer Postreform II im Ministerium sehr voreingenommen, um nicht zu sagen dilettantisch betrieben. Die Unternehmensvorstände scheinen nicht ausreichend eingebunden zu sein, es stehen viel zu wenig Fachkräfte und unabhängige Berater zur Verfügung, eine umsichtige, erfolgversprechende Vorbereitung einer späteren Gesetzgebung ist nach Ansicht der SPD nicht gewährleistet.

Unumgänglich wird auch eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit der Deutschen Postgewerkschaft sein. Die Folgen für mehr als 700.000 Mitarbeiter, die unmittelbar oder mittelbar betroffen sein können, lassen sich nicht ohne Gewerkschaften und Personalvertretungen bewältigen.

Ich erinnere daran, daß sich die SPD ihre Entscheidung über eine Beteiligung an einer Verfassungsänderung ausdrücklich vorbehalten hat. Ende September werden Koalition und SPD erneut über noch offene Punkte beraten. Bis dahin sollte der Postminister ein Klima der fairen, offenen, uneingeschränkten Information und Zusammenarbeit erhalten. An gutem Willen fehlt es der SPD nicht, aber sie muß gleichermaßen in der Lage sein, die Verantwortung für die Unternehmen der Post, ihre Wettbewerbsfähigkeit und die Existenzsicherungen des Personals zu tragen. Ansonsten scheidet die Postreform II.

(-/22. Juli 1993/ks/ks)

**Was ist der Bundesregierung das geborene Leben eigentlich wert?
Regierung zieht keine Konsequenzen aus dem Abschlußbericht des Modellprojekts
"Wildwasser"**

**Von Hanna Wolf MdB
Frauen- und Jugendpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion**

Der Bericht bestätigt leider alle Befürchtungen zum sexuellen Mißbrauch von Mädchen. Die Bundesregierung zieht daraus aber kaum Konsequenzen. Die Sprecherin des Ministeriums verweist lediglich auf ihre PR-Kampagne "Keine Gewalt gegen Kinder" und auf die Debatten im Bundestag über die Aufschiebung des Beginns der Verjährungsfrist.

Aber bereits in diesem rechtlichen Bereich will sie nicht recht ran. Im Gesetzentwurf der Bundesregierung beginnt die Verjährungsfrist bereits mit dem 14. Lebensjahr des Opfers und endet daher schon mit dem 24. Lebensjahr - einem Zeitpunkt, zu dem kaum die notwendige persönliche Unabhängigkeit vom Täter zu erreichen ist. Der SPD-Gesetzentwurf schließt sich daher den Forderungen aller Fachleute und Selbsthilfeprojekte wie "Wildwasser" an und läßt die Verjährungsfrist erst mit dem 18. Lebensjahr des Opfers beginnen. Ab da besteht wenigstens eine bessere Chance, daß sich das Opfer in den folgenden zehn Jahren von den traumatisierenden Geschehnissen lösen kann.

Zur Hilfe für die Opfer fordert das Ministerium die notwendigen Zufluchtswohnungen, Therapie und Beratung, stellt aber kein Geld zur Verfügung. Die Forderung geht wohl an die Länder und Gemeinden. Es ist inzwischen hanebüchen, wie die Ministerin und nun ihre Staatssekretärin immer wieder Forderungen stellen, als ob sie nicht selbst die Regierungsverantwortung hätten und selbst handeln müßten. Ich fordere die Regierung auf, unverzüglich den seit geraumer Zeit vorliegenden SPD-Gesetzentwurf zum sexuellen Mißbrauch zu übernehmen und wirkungsvolle Maßnahmen zur Prävention zu ergreifen, den Opfern alle ihnen zustehende Hilfe zukommen zu lassen und die Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen.

Zum Schutz vor sexuellem Mißbrauch hätte ebenfalls gehört, daß sich die CDU/CSU den SPD-Vorschlägen zur Reform des Artikel 6 Grundgesetz angeschlossen hätte, die Kindern einen besseren Schutz der Verfassung gewährt hätten und die Funktion der Familie in diesem Sinne festgeschrieben hätten.

Zum Schutz vor sexuellem Mißbrauch hätte auch gehört, daß Finanzminister Waigel keine Abstriche bei den AB-Maßnahmen vorgenommen hätte. ABM ist zum Beispiel eine sehr wichtige Unterstützung von Selbsthilfeprojekten, die sich den Opfer von sexuellem Mißbrauch widmen. Es ist eine Ironie, daß gerade auch die Arbeit von "Wildwasser" durch diese Kürzungen gefährdet ist.

Die Bundesregierung hat immer noch nicht begriffen, was das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Reform des Paragraphen 218 bedeutet: Nicht nur Schutz des ungeborenen Lebens, sondern absolut dezidiert Schutz des geborenen Lebens, die Förderung einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Von dieser Regierung haben wir sie leider nicht zu erwarten.

(-/22. Juli 1993/ks/ks)
